

Erwartungen von muslimischer Seite
Abdul Hadi Christian H. Hoffmann
Vorsitzender Muslimische Akademie in Deutschland
Statement auf der Fachtagung
- Islam einbürgern -
Auf dem Weg zur Anerkennung muslimischer Vertretungen
in Deutschland
Beauftragte für Migration, Flüchtlinge und Integration
25. April 2005, Berlin

Auf dieser Tagung geht es um den Weg zur Anerkennung muslimischer Vertretungen in Deutschland und es läge nahe, nur über die Erwartungen zu sprechen, die Musliminnen und Muslime in Deutschland hinsichtlich dieser Frage haben. Die Frage ist ohne Zweifel von großer Bedeutung, doch sie ist nur eine Frage von vielen, die das Verhältnis von Muslimen und Nichtmuslimen in Deutschland umfassen. Ich möchte deshalb die Frage nach der Anerkennung muslimischer Vertretungen in einen größeren Zusammenhang stellen, einmal, um sie als Frage klar zu beschreiben, um ihre spezifische Bedeutung zu erläutern aber auch um zu zeigen, dass es sich bei ihrer Beantwortung nur um einen Baustein im Rahmen der Erwartungen, die die Muslime haben, handelt.

1) Muslime haben die gleichen Erwartungen, wie alle anderen Menschen

Sie wollen einen Arbeitsplatz, um ihre Familie ernähren zu können, eine Wohnung, um ihrer Familie ein Heim geben zu können, Möglichkeiten für die Schulbildung ihrer Kinder, um ihnen eine Startchance in die Zukunft zu ermöglichen. Sie erwarten, dass ihnen vorurteilslos begegnet wird, dass sie als Menschen gleich behandelt und von der Politik ernst genommen werden wie alle anderen in diesem Land, sie wollen ihre Religion in Frieden praktizieren und sie erwarten, dass ihrer Religion mit Respekt begegnet wird.

2) Damit ihre Erwartungen sich erfüllen, haben sich Muslime in den vergangenen Jahrzehnten zunehmend organisiert.

In der Regel haben sie sich der Rechtsform eines Vereins bedient und Vereine mit einer breiten Palette von Zielen gegründet: Kulturvereine, Moscheebauvereine, Bestattungsvereine, Vereine zur Pflege des wissenschaftlichen Diskurses (z. B. die Gesellschaft muslimischer Geistes- und Sozialwissenschaftler) oder einen Verein zur Förderung der politischen Bildung wie die „Muslimische Akademie in Deutschland“.

Von einem Unwillen der Muslime, sich zu organisieren, bzw. einer Unfähigkeit, kann also nicht die Rede sein. Auch die Zusammenarbeit von Organisationen, (Beispiel Schura Hamburg), die Kooperation, um ein Ziel zu verwirklichen (ZMD und Islamrat in Nordrheinwestfalen zur Einführung des Religionsunterrichts), oder die Gründung einer neuen Organisation (Islamische Religionsgemeinschaft in Hessen zur Einführung des Religionsunterrichts) gab und gibt es und

die kürzlich gemachte Absichtserklärung eines noch engeren Zusammengehens bestehender Organisationen lässt auf eine zukünftige engere Kooperation schließen.

3) Muslime sind bei ihren Bemühungen oftmals auf Widerstand gestoßen.

Dieser Sachverhalt an sich ist in einer Demokratie nicht ungewöhnlich. Wo Interessen vertreten werden gibt es auch Gegner dieser Interessen, die sich z. B. als Anwohner- oder Bürgerinitiativen artikulieren. Amts- und Mandatsträger aus politischen Parteien haben die Entscheidungsbefugnis, sie kommen Interessen entgegen oder Verhindern ihre Durchsetzung.

Doch neben dem normalen Widerstreit der Interessen gibt es bei der Durchsetzung der Interessen von Muslimen eine Besonderheiten, deren Aufarbeitung heute im Mittelpunkt steht.

- 1) Auf der einen Seite wurde Jahre lang die Frage gestellt, wer denn der repräsentative Gesprächspartner aus dem Kreis der Muslime sei. Dabei schien es den Muslimen zu Weilen fraglich, ob echtes sachliches Interesse hinter dieser Frage stand oder ob es sich um Verhinderungs- oder Vertagungsretorik handelte.
- 2) Zurzeit wird immer öfter eine weitere Frage gestellt, wie denn ein Repräsentationsmodell aussehen könnte und wie der Weg zu einer Anerkennung muslimischer Vertretungen sein könnte. In diesem Fall muss geklärt werden, was denn unter einem Repräsentationsmodell und einer Vertretung verstanden werden kann. – Um bei der Fragestellung nach den Erwartungen zu bleiben: Ich erwarte in der Tat auf dieser Tagung eine Klärung der Begriffe.

Beide Aussagen sind nur zu verstehen, wenn man die geistigen und organisatorischen Grundfragen von Religion und Staat kennt.

4) Die besondere geistige und organisatorische Verfasstheit der Bundesrepublik Deutschland.

Das Land und die Leute: Muslime in Europa befinden sich in einem Bereich, dessen Geschichtsschreibung seit 1400 Jahren überwiegend einen grundlegenden Antagonismus zwischen islamischer und westlicher Welt beschreibt. Der Islam und die Muslime in Deutschland werden überwiegend als fremd empfunden. Nun kann man dem Fremden auf zweierlei Weise begegnen: Es kann neugierig machen oder Angst erzeugen. Leider sind viele Menschen in Deutschland eher ängstlich als neugierig.

Muslime erwarten, dass die Geschichtsschreibung auch den Beitrag ihrer Kultur zur europäischen Geschichte erfasst. Und Muslime – wie übrigens viele andere Menschen in

Deutschland - erwarten, dass sich eine Haltung durchsetzt, die Vielfalt als Bereicherung empfindet und nicht als Bedrohung.

Die weiteren Erwartungen der Muslime: Muslime erwarten in Deutschland – einem säkularen Land, das die Religionsfreiheit in der Verfassung verankert hat, gleich behandelt zu werden, wie die Angehörigen anderer Religionen. Mit großem Interesse sehen sie, dass die Bürgerinnen und Bürger, Medien und Politik in Deutschland einen Schrein vor sich her tragen auf dem steht „Neutralität des Staates“. Doch wenn sie diesen Schrein aufmachen, bemerken sie mit Verwunderung oder mit Schrecken, dass in ihm Bausteine der Republik sind, auf denen steht Christentum, Abendland, christliches Abendland oder in einer kühnen Vereinnahmung: judäo-christliches Erbe. Sie erwarten stattdessen entweder die Einbeziehung des Islam oder die gleiche Distanz von allen Religionen.

Die besondere organisatorische Verfasstheit: von Religion und Staat in Deutschland. Religion und Staat, bzw. Kirche und Staat haben in Deutschland ein durch Jahrzehnte entstandenes besonderes Verhältnis: Es gibt ein Staatskirchenrecht und dieses räumt den Glaubensgemeinschaften ganz bestimmte Rechte ein.

Die Politik erwartet, dass Muslime, wenn sie denn ihre Religion so gestellt sehen wollen, wie die christlichen Kirchen, sich so organisieren wie es das bestehende Gesetz verlangt. Muslime werden – ob sie es wollen oder nicht – an diesen Voraussetzungen gemessen, und sie werden mit der Frage konfrontiert, wer denn nun der repräsentative, dauerhafte, glaubwürdige Partner des Staates in Fragen der Religion ist.

Ich möchte das Thema an dieser Stelle nicht vertiefen, denn die Frage des „wie“ ist der Gegenstand des heutigen Tages. Nur so viel: Muslime haben sich bewegt – über ihre Vorstellungen seit dem Hamburger Beschluss, sich zu vereinigen werden wir gleich etwas hören - und wir müssen heute versuchen zu klären, ob und wie weit sich die Politik bewegen kann. Die Grundfragen, die es zu klären gilt, lautet: Welche Voraussetzungen müssen von beiden Seiten unbedingt erfüllt werden? Wo gibt es politischen und juristischen Spielraum hinsichtlich der – wie Lemmen schreibt – „Frage der Repräsentation im Zusammenhang der Kooperation in bestimmten Angelegenheiten der Religionsausübung...“?

Die Äußerung von Lemmen macht aber auch noch auf eine zweite Frage aufmerksam (deshalb auch die von mir eingangs gemachte Forderung nach Klarstellung der Begriffe.) Wir müssen uns nämlich auch dessen bewusst sein, dass die angestrebte organisatorische Lösung – eine für Muslime akzeptable und von der Politik akzeptierte – Religionsgemeinschaft des Islam nicht die einzige Form von Organisationen von Muslimen sein kann und wird. Das Staatskirchenrecht regelt einen bestimmten Aspekt, alle anderen Aspekte von Erwartungen, die sich in der Interessenvertretung artikulieren, sollten – meiner Meinung nach - entsprechend dem

demokratisch, pluralistischen Prinzip organisiert werden, im Sinne von Verbänden mit Lobbycharakter.

Ich denke, wir müssen zu einer vielfältigen Organisationslandschaft kommen: Neben einer Religionsgemeinschaft muss es weiterhin religiöse Vereine geben, mit den unterschiedlichsten Zielsetzungen. Und es muss und wird Vereine geben, die von Muslimen zu verschiedenen Zwecken gegründet werden. Für sie alle muss gelten, dass sie für diejenigen sprechen, die in ihnen organisiert sind. Und die Tatsache, dass sich die überwiegende Mehrheit der Muslime nicht organisiert, kann kein Grund sein, „nicht nach Möglichkeiten der Kommunikation und Kooperation mit den Organisierten zu suchen.“ (Lemmen)

Die Politik wäre gut beraten, diese Anliegen, soweit es sich um Interessenvertretung in Sinne von Lobbyarbeit handelt, ernst zu nehmen. Denn immer mehr Muslime werden deutsche Staatsbürger, erhalten dadurch das Wahlrecht und in Zeiten knappster Mehrheiten zählt jede Stimme.

Last not least: eine juristisch und politisch abgesicherte Organisation der Muslime alleine wird die bestehenden Probleme des Zusammenlebens von Angehörigen unterschiedlicher Religionen in Deutschland nicht lösen können. Alle Menschen in Deutschland müssen daran arbeiten, dass eine Atmosphäre der intellektuellen und geistigen Offenheit entsteht, in der ein fruchtbarer Diskurs als Grundlage eines Zusammenlebens in Frieden und Freiheit möglich ist.